

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12

November/Dezember 1990

5 Schilling

„Unser Kampf geht weiter“

Bundeshauptversammlung wählte Jochmann und Mistingner zu Vorsitzenden

Unter dem Motto „Unser Kampf geht weiter“ wurde am 17. und 18. November 1990 im Haus der Begegnung in Wien-Floridsdorf die Bundeshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus abgehalten. Die Delegierten faßten Beschlüsse, in denen gesellschaftliche und politische Anstrengungen gegen das Wiederaufleben eines häßlichen Alltagsfaschismus sowie Maßnahmen zur Hintanhaltung von nationalen faschistischen Tendenzen gefordert werden. Bei den Neuwahlen wurden Rosa Jochmann, die wegen Krankheit nicht an der Konferenz teilnehmen konnte, und Leo Mistingner zu Vorsitzenden des Bundes gewählt. Prof. Manfred Ackermann wurde per Akklamation als Ehrenvorsitzender bestätigt.

Sozialminister Geppert sprach sich für die Wichtigkeit des Kampfes gegen jede Form von Faschismus aus. Wer die Neutralität Österreichs in Frage stelle, könne für die SPÖ kein Gesprächspartner sein. Dem derzeitigen Trend nach rechts müsse mit einer entsprechenden Sozialpolitik begegnet werden, betonte Geppert. Er trat weiters für eine integrative Ausländerpolitik ein. Integration sei jedoch nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch des Könnens. Dennoch sei das Recht auf politisches Asyl

Die Bundeshauptversammlung war mit Rezitationen des Genossen Kurt Schmidt, der Gedichte von Otto Steininger und Josef Luitpold Stern vortrug, und der Totenehrung feierlich eröffnet worden. Für die musikalische Untermauerung sorgte am Klavier Prof. Erwin Weiss. Anschließend wurden die Ehrengäste begrüßt, unter ihnen Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer, Sozialminister Dr. Walter Geppert, die Nationalratsabgeordneten Ing. Ernst Nedwed und Dr. Edgar Schranz, der Präsident des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Fritz Marsch, der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands und Wiener Landtagspräsident a. D. Hubert Pfoch, der wissenschaftliche Leiter des DÖW Dr. Wolfgang Neugebauer und der Bezirksvorsitzende der SPÖ-Floridsdorf Abg. Kurt Eder.



Blick in den Saal des Hauses der Begegnung Floridsdorf

(Fotos: F. Zechner, H. Waschek)

Permanenter Erneuerungsprozeß

In der Demokratie sei grundsätzlich jede Regierungsvariante legitim, die nach demokratischen Spielregeln und verfassungskonform zustandekommt, erklärte Nationalratspräsident Heinz Fischer in seiner Begrüßungsansprache. Dennoch bestehe kein Zweifel, daß eine Bundesregierung, die ohne Beteiligung der stärksten Partei des Landes gebildet werde, nicht dem Wählerwillen ent-

sprechen würde. Die SPÖ müsse einem permanenten Erneuerungsprozeß unterworfen werden, in dem jedoch die Grundwerte der Sozialdemokratie stets als Fixpunkte erhalten bleiben müssen, betonte Fischer, der der Bundeshauptversammlung die Grüße des Bundesparteivorstandes und des Parteivorsitzenden der SPÖ überbrachte.

auch in Zukunft unbestritten und unverzichtbar. Notwendig seien jedoch auch gemeinsame internationale Bemühungen, um die zu erwartenden Wandlungsströme bewältigen zu können, erklärte Geppert abschließend.

Mit den Berichten wurde nach der Mittagspause die Konferenz fortgesetzt.





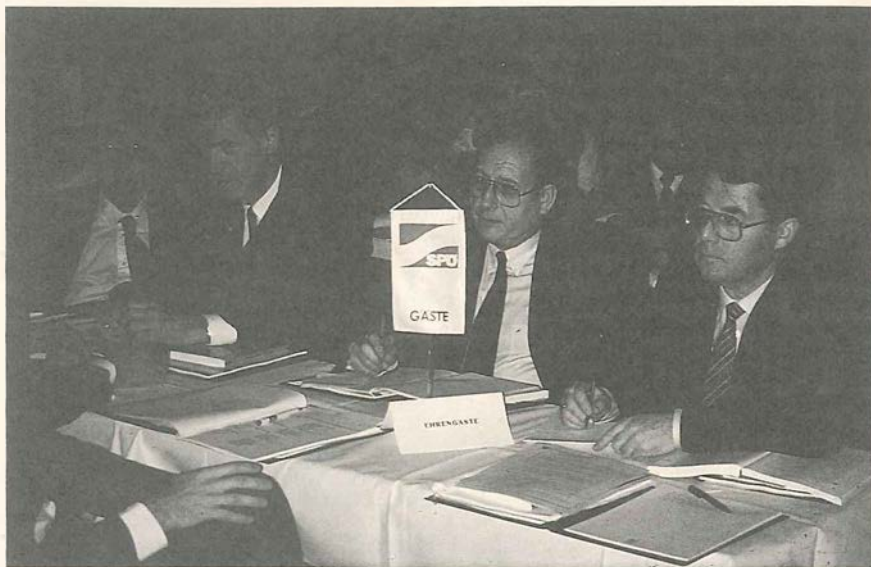
Genosse Mistingering, der seit dem Tod von Josef Hindels die Geschäfte des Bundes geführt hatte, erstattete den Bericht des Vorstands. Er gab den Mitgliederstand des Bundes mit 4536 an. Seine weiteren Ausführungen stellte er in den Rahmen eines politischen Rückblickes, in dem er vor allem die wachsende Ausländerfeindlichkeit hervorhob. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus seien aber nicht auf Österreich beschränkt, sondern auch im Ausland zu beobachten. Zu den Folgen der Nationalratswahl vom 7. Oktober, die einen Rechtsruck des Bürgerblocks gebracht habe, meinte Gen. Mistingering, die Freiheitskämpfer seien für die große Koalition.

Den Bericht des Kassiers brachte dann Genosse Alois Ballek, den Bericht der Kontrolle Genosse Heinz Popelka. Genosse Leo Lesjak berichtete über das Statut des Bundes und über beabsichtigte Änderungen.

Der erste Tag der Bundeshauptversammlung klang mit einem gemütlichen Beisammensein am Abend im Haus der Begegnung Floridsdorf aus.

„Isabellas Fragment“

Mit dem Einpersonenstück „Isabellas Fragment“, vorgeführt von Ingrid Sturm, wurde der zweite Tag der Bundeshauptversammlung eindrucksvoll eingeleitet.



Blick auf die Ehrengäste unserer Bundeshauptversammlung: Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer, neben ihm Abg. Ing. Ernst Nedwed

In dem Stück erzählt die Jüdin Isabella die Geschichte ihrer Familie, ihrer Jugend in Ungarn, sie erzählt von der Deportation der Juden, vom Mord an ihrer Mutter und zwei ihrer Schwestern im Konzentrationslager Auschwitz. Isabella erzählt aber auch von der Solidarität der Geschundenen, vom Bruder, der ihren Lebenswillen mit Botschaften wahrhält, und davon, wie die Schwe-

stern sich helfen, ihre Würde zu bewahren und wie sie überleben wollen. Es ist ein Bericht über die Grausamkeit des Menschen, aber auch über den Lebenswillen und vom Überleben selbst. Ingrid Sturm stellte die Isabella auf der karg ausgestatteten Bühne mit großer Eindringlichkeit dar. Sie wurde dafür von den Delegierten mit starkem Applaus belohnt.

Jahreswende – Zeitenwende?

Angeichts des Umstands, daß die Welt um uns im Wandel zu sein scheint, muß als unser Hauptanliegen die möglichst gründliche sozialistische Orientierung gelten. Sogenannter Pragmatismus, wie er sich vor allem in Koalitionsverhandlungen „bewährt“, läßt das Grundsätzliche manchmal zusehr außer acht.

In den konjunkturbegünstigten siebziger Jahren war es Mode geworden, Otto Bauers Perspektive eines „integralen Sozialismus“ als überholt abzutun. Und angesichts der Entwicklung in den ehemals kommunistischen Ländern scheint ja die Forderung nach der Demokratisierung des Kommunismus tatsächlich unaktuell. Die Forderung nach der „Sozialisierung“ bürgerlich-demokratisch-kapitalistischer Systeme hat allerdings nichts von ihrer Bedeutung verloren: vor allem angesichts der unverfälschten Behauptung, liberal-bürgerliche Grundsätze hätten nach dem Bankrott des Stalinismus ihre ungebrochene Gültigkeit für Gesellschaft und Wirtschaft erwiesen.

Wie gültig scheinen solche Prinzipien in einer Welt, in der jährlich mehr als eine Million Kinder an Hunger und Not zugrunde gehen, in der, international gesehen, keine Rede ist von sozialem Ausgleich, von Gleichberechtigung im Zugang zu menschengerechten wirtschaftlichen und kulturellen Zuständen?

Es ist also nach wie vor eine Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, im Sinne des Schlußsatzes ihrer Hymne „Die Internationale wird die Menschheit sein“ für soziale Gerechtigkeit daheim und in aller Welt einzutreten. Eine demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung „jenseits des Kapitalismus“ ist die immer noch gültige Zielvorstellung.

An die Stelle der Demokratisierung des Kommunismus ist nun die Notwendigkeit getreten, im ehemals stalinistischen Machtbereich dafür zu sorgen, daß dort nicht gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände einreißen, die hinter dem liegen, was sich bürgerlicherseits als eine Art „Sozialkapitalismus“ verstehen ließe. Momentane Blendung durch eine erwartete Konsumchance gibt dem Konservatismus eine politische Chance. Die bald eintretende realpolitische Ernüchterung wird jedoch zu starken sozialen Spannungen führen, in der auch faschistische Strömungen möglich sind. Die Demokratisierung des ehemals stalinistischen Machtbereichs im sozialdemokratischen Sinne muß also die nächste große politische Aufgabe des Sozialismus sein, ohne daß die kritische Sicht des näheren sozialen Umfelds außer Betracht gerät.

HP

Neuwahlen

Nach dem Referat des Genossen Dr. Rupert Gmoser und der Diskussion darüber (siehe Seite 3) wurde die Neuwahl durchgeführt. Genosse Manfred Ackermann wurde per Akklamation als Ehrenvorsitzender des Bundes bestätigt, ebenso Genossin Rosa Jochmann, der die Bundeshauptversammlung ein in herzlichen Worten gehaltenes Gensegungstelegramm übermittelte. Neben Rosa Jochmann wurde Genosse Leo Mistingering einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die folgenden Genossinnen und Genossen gewählt: Erna Musik (Wien), Eduard Kittl (Salzburg), Hedi Stern (Graz), Franz Rosenberger (Oberösterreich), Walter Faderny (Niederösterreich). Zu Kassieren wurden gewählt die Genossen Alois Ballek und Kurt Schmidt (beide Wien), zu Schriftführern die Genossinnen Gerti Much und Hilde Mauritz (beide Wien), zu Mitgliedern der Kontrolle die Genossen Heinz Popelka und Leo Hölzl (beide Wien) sowie Hans Pawlik (Kärnten). Zu Beisitzern wurden gewählt: Otto Skritek, Stefan Billes, Alexander Blum, Herbert Exenberger, Steffi Fahn, Ferdinand Kaiser, Karl Reinthaler, Peter Lhotzky, Edgar Schranz, Ernst Nedwed, Franz Zechner, Hugo Pepper, Hans Brosch,

(Fortsetzung auf Seite 4)



Hilfe für die Schutz- und Rechtlosen

Genosse Dr. Rupert Gmoser über „Die Zukunft der Sozialdemokratie“

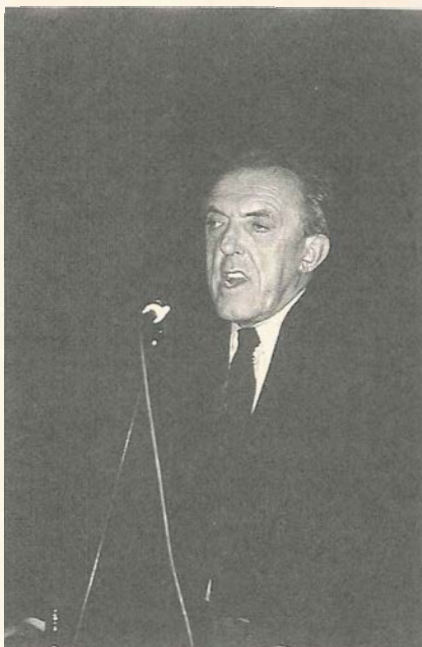
Immer noch geht es für die SPÖ darum, den Schutz- und Rechtlosen in der Gesellschaft Hilfe zu bieten, erklärte Nationalratsabgeordneter Dr. Rupert Gmoser in seinem Referat „Die Zukunft der Partei“, das er am zweiten Tag der Bundeshauptversammlung hielt. In diesem Sinne sei Karl Marx nicht tot, wie es nach den Umwälzungen in Osteuropa immer wieder behauptet wird. Der Marxismus habe den Recht- und Schutzlosen dieser Erde den Rechtsanspruch vermittelt, menschenwürdig zu leben. Dazu bekenne er sich nach wie vor, sagte Gmoser. Andererseits habe schon Benedikt Kautsky, einer der Schöpfer des Parteiprogramms der SPÖ von 1958, darauf hingewiesen, daß die kommunistischen Staaten nichts mit Marxismus zu tun haben.

„Grundwerte wieder gefragt“

Mit einer „Ideologie der Ideologielosigkeit“ lassen sich die Probleme unserer Zeit nicht lösen, führte Genosse Gmoser aus und warnte vor dem Weg vom Pragmatismus zum Opportunismus als einer ungeheuren Gefahr für die Sozialdemokratie. In einer Zeit, in der der Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe weit links von der SPÖ steht, müssen von der Sozialdemokratie neue Impulse ausgehen. Die Vorzeichen dafür seien günstig. „Wir stehen vor einem Zeitalter der Reideologisierung“, meinte der Referent, „in der postindustriellen oder postmaterialistischen Gesellschaft sind Grundwerte wieder gefragt.“ So sei es kein Zufall, daß führende Politiker der österreichischen Grünen aus ursozialistischen Familien kommen.

Bereit sein zu Toleranz und Pluralität

Die SPÖ müsse aber auch bereit sein zu Toleranz und Pluralität, sagte Gmoser unter Hinweis darauf, daß wir soeben Zeugen des Zusammenbruchs einer Heilslehre im politischen Raum geworden sind, der sich in den Ländern Osteuropas abgespielt hat. Auf dem Gebiet der Organisation gehöre die Zukunft, bei allem Wissen um die Notwendigkeit einer zentralen Führung, dem Modell der partizipatorischen Demokratie. „Die von einer Entscheidung Betroffenen sollen in die Entscheidungsfindung einbezogen sein“, erläuterte Gmoser und betonte, daß in einem solchen Organisationsmodell kein Platz sei für „einsame Beschlüsse von Gottöberern“, denn so weise seien auch die Oberen nicht mehr. Eine Schlüsselrolle in der künftigen Parteiarbeit räumte Gmoser der Bildungsarbeit ein, für die immer wieder neue Anreize gegeben werden müßten.



Gen. Dr. Rupert Gmoser bei seinem Referat

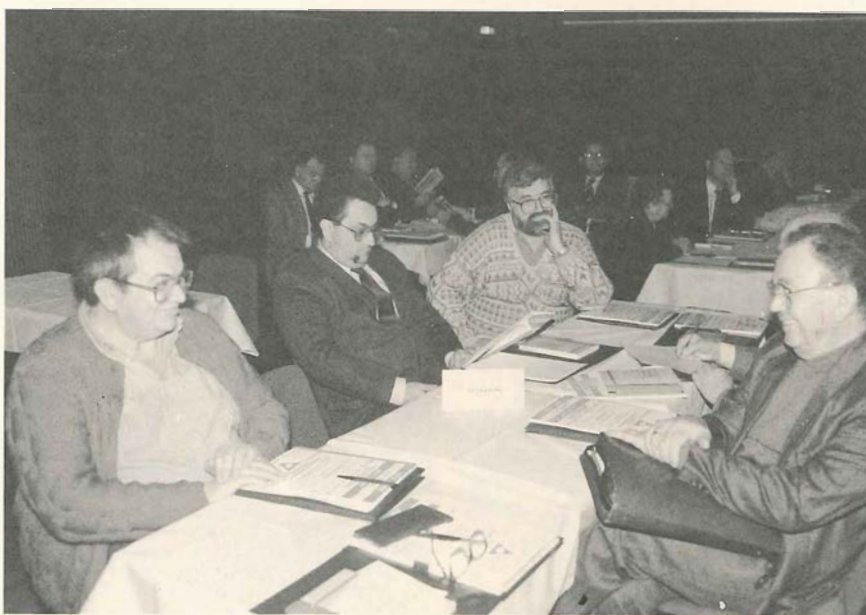
**„ERST JETZT STEHEN
WIR VOR DEM REICH
DER FREIHEIT“**

Die Sozialdemokratie hatte noch nie so große Chancen wie heute, wer das nicht begreift, der habe auch nicht begriffen, was Marxismus ist, sagte Gmoser und erinnerte an das Wort: „Der

Sprung in das Reich der Freiheit beginnt dort, wo das Reich der Notwendigkeit endet.“ Für uns Österreicher sei mit den achtziger Jahren erst das Reich der Notwendigkeit zu Ende gegangen, erst jetzt stehen wir vor dem Reich der Freiheit, nachdem wir zumindest materiell einen Lebensstandard für die überwältigende Mehrheit der Menschen geschaffen haben, der bislang unbekannt war. Unabhängig davon, in welcher Weise sich die Klassengesellschaft und die Auseinandersetzung der Klassen geändert haben, gehe es immer noch darum, den Schutz- und Hilflosen in der Gesellschaft Hilfe zu bieten. Nach wie vor wird uns aber nichts geschenkt und in diesem Sinne wird das Werk der Befreiung der Arbeiter auch in Hinkunft das Werk der Arbeiter selbst sein, schloß Abg. Dr. Gmoser.

Kritische Anmerkungen

Dem Referat des Genossen Gmoser folgte eine Diskussion, an der sich die Genossen Prof. Willy Krula, Prof. Hugo Pepper, Peter Ulrich Lehner, Peter Lhothzky, Dr. Josef Schneeweiß, Gilbert Wasserberger und Hannes Schwantner beteiligten. Kritisch wurde angemerkt, daß Dr. Rupert Gmoser nicht die Zeit gefunden hatte, das Ende der Diskussion abzuwarten und schon vorher die Bundeshauptversammlung verlassen hatte. Genosse Leo Mistinger äußerte sein Befremden über dieses Verhalten Gmosers und meinte, man werde überlegen, in welcher Weise man dem Referenten die Meinungen der Diskussionsredner zur Kenntnis bringen kann.



Delegierte unserer Bundeshauptversammlung



Der neue Vorsitzende: Leo Mistingner

**Sozialdemokratische
Bezirksorganisation Neubau**
Sektion V.

Einladung

zu der ausnahmsweise Freitag, den 11. Dez. 1931,
um 1/8 Uhr, in Böhm's Gasthaus, Wien, VII,
Burggasse 51 stattfindenden

Sektionsversammlung

Wer glaubt an das dritte Reich?

Referent: **Leo Mistingner**

Es wird erwartet, recht zahlreich zu erscheinen!

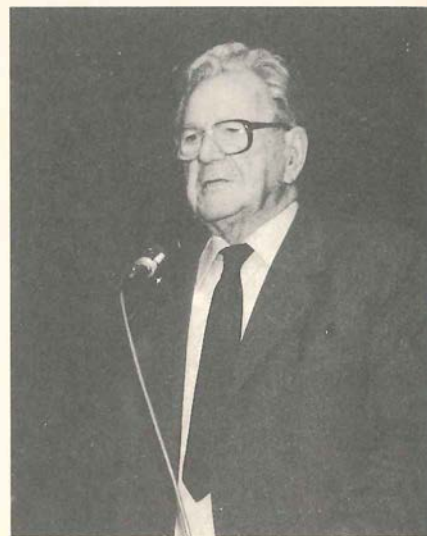
Die Sektionsleitung.

Genosse Leo Mistingner wurde bei der Bundeshauptversammlung 1990 neben Rosa Jochmann zum Vorsitzenden des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer gewählt. Er wurde am 16. März 1904 geboren und war von Jugend auf in der sozialistischen Bewegung aktiv.

Schon frühzeitig gehörte er zu den Warnern vor dem Nationalsozialismus (siehe Faksimile), nach dem Februar 1934 war er als Aktivist der RS wiederholt inhaftiert. Unter den Nazis war er acht Monate in Gestapohaft und dann im KZ Flossenbürg.

Nach seiner Rückkehr 1945 engagierte sich Gen. Mistingner beim Aufbau der SPÖ-Bezirksorganisation Fünfhaus.

Von 1963 bis 1968 war er Bezirksvorsteher des 15. Bezirks, später Abgeordneter zum Nationalrat. Seiner Arbeit ist auch der Aufbau der Aktion „Jugend am Werk“ zu danken.



Genosse Leo Mistingner

Fortsetzung von Seite 2)

Bruno Liska, Fritz Inkret, Hannes Proschko, Lydia Krammer, Ewald Deutsch.

Anträge und Resolutionen

Die Bundeshauptversammlung beschäftigte sich nach der Neuwahl mit den vorliegenden Anträgen und Resolutionen. Ein Antrag der Landesorganisation Tirol, wonach Bundesvorstandssitzungen künftig in einem fixen Zweimonaterrhythmus stattfinden sollen und hierfür jeweils im voraus ein Tagesordnungsvorschlag erstellt und dieser den Landesorganisationen zeitgerecht zugestellt werden soll, wurde einstimmig angenommen.

Weitere Anträge der Landesorganisation Tirol befaßten sich mit dem Bekenntnis zur österreichischen Neutralität („deren leichtfertige Amputation oder gar Aufgabe würde zu einem enormen internationalen Verlust der österreichischen Glaubwürdigkeit und des österreichischen Ansehens führen. Darüber hinaus ist – bei anhaltender Öffnung Osteuropas – wiederum das Aufbrechen scheinbar überholter Nationalismen und gefährlicher traditioneller Konfliktherde zu befürchten“), mit den großen Gefahren eines EG-Vollbeitritts Österreichs sowie mit den staatspolizeilichen Akten („sollen nicht mehr wegen fallweise nur sehr geringfügiger und einseitiger Anlässe angelegt und nach Aufindung objektiver Entscheidungskriterien endgültig vernichtet werden“) und wurden einstimmig angenommen. Ein ebenfalls einstimmig angenommener

Antrag der Landesorganisation Oberösterreich fordert die sozialistischen

Gegen den Alltagsfaschismus

Das Wiederaufleben eines häßlichen Alltagsfaschismus beängstigt. Sich steigernde tägliche Gewaltanwendung, Zweifel an der Demokratie, Intoleranz, Abneigung gegen Ausländer und Fremde sind furchterregende Symptome dafür. Deshalb sollten alle gesellschaftlichen Anstrengungen, insbesondere aller öffentlichen Institutionen, unternommen werden, um die tägliche Beeinflussung durch Gewalt über die Medien und z. B. über Videofilme durch Selbstbeschränkung auf ein Minimum zurückzuschrauben.

Die geringerwertige Einschätzung der Menschenwürde anderer Volksangehöriger und ein gewisser materieller Egoismus – ein Ausfluß unseres Wirtschaftssystems – führen zu Unduldsamkeit und zu Haß gegenüber Nichtösterreichern. Diese Entwicklung wiederum kann nur durch neuerliche Versuche entsprechend tiefgreifender Ausbildung der österreichischen Lehrer und in der Folge durch fundierte Erziehung und Aufklärung der gesamten österreichischen Bevölkerung in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Auch hiebei sollten alle gesellschaftlichen und politischen Anstrengungen unternommen werden.

Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozialistischen Abgeordneten im Nationalrat und im Bundesrat auf, in ihrer gesamten politischen Arbeit das Hauptaugenmerk auf die Hintanhaltung von nationalen faschistischen Tendenzen auszurichten. Eine von der Landesorganisation Tirol vorgelegte Resolution wendet sich gegen den Alltagsfaschismus und wurde einstimmig angenommen (siehe Kasten).

Nicht unter 51 Prozent!

Ein von Landesobmann Franz Stern eingebrachter Antrag, der sich mit innerparteilichen Fragen befaßt, wurde in Übereinstimmung mit dem Antragsteller dem Bundesvorstand zugewiesen. Eine erst bei der Bundeshauptversammlung eingebrachte Resolution des Genossen Peter Ulrich Lehner beschäftigte sich mit den Koalitionsverhandlungen und forderte den Bundesparteivorstand der SPÖ auf, einer Verringerung des Staatsanteils an den verstaatlichten Unternehmen unter 51 Prozent keinesfalls zuzustimmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach einem Schlußwort des Genossen Eduard Kittl wurde die Bundeshauptversammlung 1990 mit der „Internationale“ beendet.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Hugo Pepper, Hans Waschek.



So kann Mann/Frau es auf hunderten Aufklebern lesen, die über die ganze Universität Wien verteilt wurden. Was ist nun dran an diesem Kopf aus braunem Marmor, der die Herzen der deutschnational gesinnten StudentInnen so erzürnt, wenn über das Versetzen des „Denkmals“ diskutiert wird?

Der Senat der Universität Wien beschloß im März 1990, den „Siegfriedskopf“ aus der Aula in den Garten der Universität zu stellen und statt dessen ein Denkmal für die Opfer von Krieg und Gewalt sowie die vom Faschismus vertriebenen Universitätsangehörigen zu errichten. Die schlagenden Burschenschafter beeilten sich daraufhin, ihre Kontakte zum FPÖ-Stadtrat und frischgewählten Nationalratsabgeordneten Rainer Pawkowicz (selbst ein schlagender

SOS oder „Save our Siegfried“!

der Burschenschafter) auszunützen, und dieser spielte das Thema einer Wiener Kleinformatzeitung zu, die daraufhin den Kampf gegen Pietätlosigkeit und politische Grabschändung eröffnete. Neben R. Pawkowicz kämpfte auch der ehemalige Universitätsprofessor und SA-Führer (dieser zusammen mit dem Blatt des angeblichen „großen Horizonts“) Wandruzka gegen die Abtragung des Kopfes. Auf Grund gezielter Desinformationen wurde der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild über den Kopf vermittelt.

Erst eine Kommission der Universität Wien beleuchtete die näheren Hinter-

gründe der Aufstellung dieses „Marmor-klotzes“, der die Inschrift trägt: „Errichtet von der **Deutschen Studentenschaft** und ihren Lehrern“ sowie „Ehre, Freiheit, Vaterland“ (wobei mit Vaterland das großdeutsche Reich gemeint war und ist). Der Antrag zur Aufstellung des „Denkmals“ wurde am 13. März 1923 von der deutschen Studentenschaft gestellt, die vor allem dadurch auffiel, daß sie einen numerus clausus für jüdische StudentInnen forderte (auch für Lehrende) und da diese Vorstellungen offiziell **noch** nicht zu verwirklichen waren, mit ihren Fäusten daran gingen, ihre Ansichten durchzusetzen. Anlässlich der Enthüllung des Kopfes im November 1923 marschierten die Burschenschaften stahlbehelmt auf und sangen das Lied „Hakenkreuz im Stahlhelm, schwarz-weiß-rotes“ und anschließend das Deutschlandlied.

Ein solches „Denkmal“ soll wohl die Gefallenen des Weltkriegs ehren? Die Frage stellt sich, wo und wann der gefallenen und verhungerten Zivilbevölkerung gedacht wird und ob den „teutschen Recken“ bewußt und bekannt ist, daß auch viele Juden im Dienste der k. u. k.-Armee sowie der Armee des deutschen Reiches standen, die ebenfalls gefallen waren. Wer ehrt sie?

Weg mit dem „Denkmal“ in den Hof!

Für uns SozialistInnen kann es daher nur einen Entschluß geben (der VSStÖ sprach sich auch dafür aus): Weg mit dem „Denkmal“ in den Hof. Sollen die verblendeten Burschenschafter dort ihre Kränze niederlegen. Als ein versöhnliches Signal in die richtige Richtung kann die Ernennung von Simon Wiesenthal zum Dr. h. c. der Universität Wien gesehen werden sowie das Festhalten des Senats und auch des Bundesministers Dr. Busek an dem Entschluß, den Kopf in die Peripherie zu stellen!

Christian Wimmer
(Mitglied des VSStÖ
sowie BSA-Jugendschulungsreferent)

Bundeshauptversammlung 1990



Die Delegierten im Saal des Hauses der Begegnung in Floridsdorf

Wallisch-Biographie erschienen

Alle Delegierten der Bundeshauptversammlung erhielten als Geschenk das von der ungarischen Historikerin Katalin Soos verfaßte Buch über Leben und Wirken von Koloman Wallisch. Die vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung herausgegebene Biographie ist im Europaverlag Wien-Zürich erschienen.

Computerspiele mit Naziverbrechen Skinheads in NDP-Lokal

Immer wieder versuchen skrupellose Geschäftemacher mit der Nazinostalgie- und Verharmlosungswelle Profite zu erheischen. Vor Jahren waren es zum Beispiel der originalgetreue Hitler-Mercedes mit Hakenkreuzfahne und Plastik-Hitler zum Selbstbasteln und das von einem Spielwarengeschäft in Mailand um 1225 Schilling für Käufer ohne Verstand und Moral angebotene Konzentrationslager aus Plastik. Selbstverständlich mit Wachturm, Zaun, Stacheldraht und Baracken. Plastikbewacher, die ebenfalls dazugeliefert wurden, konnten putzig in diesem Reich des Grauens aufgestellt werden. Diese unglaubliche Art von „Geschäften“ reißt leider nicht ab. Rechtzeitig, so wie damals vor den Weihnachtsfeiertagen, sind jetzt rechtsextreme Computerspiele der letzte Hit. Das Land Oberösterreich will diesen Trend mit Aufklä-

rung und gesetzlichen Mitteln zurückdrängen. Über diese neue „spielend“ unterwanderte Demokratie mit gleichzeitiger Verniedlichung der Naziverbrechen zählten die „Oberösterreichischen Nachrichten“ am 13. November eine Reihe solcher „Spiele“ auf: Im „Terroristenspiel“ geht es darum, möglichst „originell“ Politiker zu töten; im Wirtschaftsspiel „KZ-Manager“ ist jener Sieger, der möglichst ökonomisch Gaskammern errichtet und Türken vergast. Nicht schwer vorstellen kann man sich auch die Inhalte von Spielen wie etwa „Anti-Türken-Test“, „Arier-Test“, „Clean Germany“ oder „Hitler-Show“. Ergänzend bemerkte die Zeitung, daß bei der inhaltlichen „Immunisierung“ gegen die „Gewalt- und Faschistenspiele“ das Landesjugendreferat vor allem auf politische Bildung und Geschichtsunterricht hofft.

Gerade während in Floridsdorf die Bundeshauptversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus tagte, kam es in dem erst im Vorjahr geschlossenen NDP-Lokal am Landstraßer Gürtel in Wien zu einem Skinheads-Konzert mit rund 130 Teilnehmern. Allein 50 waren aus Deutschland angereist gekommen. Die Polizei hatte die rechtsradikalen „Skins“ allerdings „voll im Griff“, wie die AZ am 19. November berichtete: „Bei Leibesvisitationen wurden mehrere Waffen sichergestellt. Einer der Alkoholisierten wurde in der Inneren Stadt vorübergehend festgenommen, andere wiederum „nur“ angezeigt. Darunter auch Gottfried Küssel, der in der Wiener Szene hinlänglich bekannte Aktivist aus der rechtsextremen Szene.“ Ein Beispiel für die Aktualität antifaschistischer Arbeit!

Rechtsextreme Provokation in St. Pölten

Am 3. November 1990 veranstaltete die „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO)“ unter der Leitung des sattsam bekannten Rechtsextremisten Gottfried Küssel eine provozierende Demonstration durch die Landeshauptstadt Niederösterreichs. Mit von der Partei war auch der ebenfalls einschlägig bekannte Hans Jörg Schimaneck jun., der gemeinsam mit Küssel für diesen Aufmarsch ein Flugblatt herausgab. Obwohl die von den Rechtsextremisten geplante ursprüngliche Route durch die St. Pöltner Innenstadt vom Innenministerium nicht genehmigt wurde, stieß unglücklicherweise eine zweite Route, die bei den lokalen Behörden angemeldet wurde, auf keinen Einspruch

seitens eben dieser Behörden. Sozialistische Jugendliche, die sich zu einem Seminar über „Sozialstaat, Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit“ in St. Pölten einfanden, schleuderten diesen rechtsextremen Provokateuren antifaschistische Parolen entgegen. Sie mußten nach Aufforderung der St. Pöltner Polizei den Platz räumen, nicht jedoch Küssel und seine Gruppe, die demonstrierten ja „legal“.

Für uns sozialistische Freiheitskämpfer ist es unbegreiflich und auch aufklärungsbedürftig, wieso eine vom Innenministerium untersagte rechtsextreme Provokation im zweiten Anlauf von lokalen Behörden genehmigt werden konnte.

Neue politische Bücher

Jörg Haiders „Erneuerungspolitik“ in Kärnten wird in dem Buch „Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen“ (hg. von Gero Fischer und Peter Gstettner, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 1990, 144 Seiten, S 168,-) in einer Reihe von Beiträgen dargestellt. Die Palette reicht von der „Lorenzer Erklärung“ über das „Grenzland-Jahrbuch 1989“ bis zu den Feiern anlässlich des 10. Oktober. Ein wichtiges Buch für alle Demokraten, die glauben, daß die Republik eines Jörg Haider nicht bedarf.

*

In seinem Vorwort zu dem Buch von Martin Fritzl „Der Kärntner Heimatdienst“ (Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 1990, 160 Seiten, S 178,-) schreibt Dr. Wolfgang Neugebauer: „Im Lichte der vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchung wäre zu prüfen, ob der KHD nicht als ‚minderheitenfeindliche‘ Organisation im Sinne des Artikels 7 des Staatsvertrages zu qualifizieren und aufzulösen wäre.“ Mit diesen Worten ist die Bedeutung dieses Buches treffend beschrieben.

*

Unter dem Titel „Frucht des Feuers“, der ein Wort von Elias Canetti verwendet, stellt der in Salzburg geborene und in Paris lebende Professor für deutsche und österreichische Literatur Gerald Stieg den Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927 im Lichte der Literatur von Canetti, Doderer und Kraus dar. Entstanden ist eine brillante Untersuchung, die zugleich Einblick in die Geisteswelt von Wien in den zwanziger Jahren gibt (Edition Falter im Österreichischen Bundesverlag, Wien, 1990, 237 Seiten, S 248,-).

Nazi-Propaganda im Kreis der FP Wiener Neustadt

Eine rasche Aufklärung und Stellungnahme von Seiten der FPÖ forderte SPÖ-Zentralsekretär Peter Marizzi bezüglich einer neonazistischen Aktion in Wiener Neustadt, die offensichtlich von der FPÖ-Stadtorganisation Wiener Neustadt unterstützt und von FPÖ-Aktivisten durchgeführt wurde.

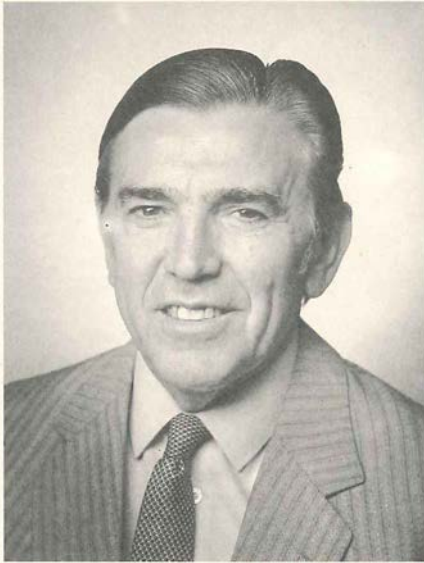
Nach Angaben der Polizei ist in der Nacht vom 22. zum 23. November 1990 eine illegale Plakat- und Aufklebeaktion in Wiener Neustadt durchgeführt worden, stellte Marizzi fest: „Österreich war Deutsch – ist Deutsch – und bleibt Deutsch“ lautete der Text auf den von Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 20 Jahren affichierten Plakaten und Aufklebern.

Besonders empörend an dieser Aktion ist aber, so Marizzi, daß bei der Anhaltung der sechs Jugendlichen durch die Polizei sich deren Anführer mit einem Mitgliedsausweis der FPÖ-Stadtorganisation Wiener Neustadt auswies und sich als Verantwortlicher für die Aktion ausgab. Er gab weiters an, daß sowohl die Plakate als auch die Aufkleber in einem FPÖ-Parteilokal in Wiener Neustadt hergestellt und vervielfältigt worden seien.

Nachdem gegen die angehaltenen Personen bereits Anzeige erstattet worden ist, wäre es nun an der FPÖ, eine Stellungnahme zu diesem offensichtlichen Zusammenhang abzugeben und die erforderlichen Konsequenzen aus diesem skandalösen Vorfall zu ziehen, forderte Zentralsekretär Marizzi.



Alfred Ströer – 70



Der langjährige Leitende Sekretär des ÖGB und SPÖ-Nationalratsabgeordnete Alfred Ströer feierte am 3. Dezember seinen 70. Geburtstag. Genosse Ströer wurde in Wien geboren und in der Simmeringer Waggonfabrik zum Werkzeugmacher ausgebildet. Bis 1934 war er bei den Kinderfreunden und Arbeiterturnern. Von 1939 bis 1941 war Genosse Ströer Gestapohäftling im Polizeigefangenenhaus, später Volksgerichtshofhäftling im Landesgericht Wien und Wr. Neustadt. Er wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und aus der damaligen deutschen Wehrmacht ausgeschlossen. Im Dezember 1942 wurde er zur Bewährungsddivision 999 einberufen. Im Dezember 1946 kehrte er aus englischer Kriegsgefangenschaft zurück und arbeitete zunächst in der ÖGB-Jugendfürsorgeaktion. Er wurde Jugendsekretär des ÖGB und 1959 Leitender Sekretär. Von 1966 bis 1972 war er Abgeordneter der SPÖ zum Nationalrat. Im selben Jahr wurde er Vorsitzender des Vorstands der BAWAG, seit 1983 ist er deren Aufsichtsratsvorsitzender. Von 1966 bis 1988 war Genosse Ströer Obmann der SPÖ-Bezirksorganisation Purkersdorf. Bei unserer Bundeshauptversammlung 1990 konnten wir Genossen Ströer unter den Ehrengästen begrüßen. Die Redaktion des „Kämpfer“ gratuliert dem Jubilar sehr herzlich!

Leserbrief

Bislang haben der SPÖ-Vorsitzende Dr. Vranitzky und der außenpolitische Sprecher und Internationale Sekretär der SPÖ Dr. Jankowitsch erklärt, Österreich möchte trotz EG-Beitritt die Neutralität behalten. Andere Außenpolitik-

experten, wie Erwin Lanc, Dr. Thomas Nowotny, Dr. Hans Thalberg, alle Kreisky-Mitarbeiter, auch früher Dr. Bruno Kreisky selbst sowie diverse Staatsvertragsexperten meinten, diese Fakten seien nicht in Einklang zu bringen.

Nun stellte Dr. Haider zunächst fest, die Neutralität sei überholt und das Anschlußverbot an Deutschland solle fallen. Er wurde zu Recht in der Öffentlichkeit heftig kritisiert.

Dr. Jankowitsch warnte am 9. November 1990 vor einem „Staatsvertragskannibalismus“ („Standard“). Bald darauf wurden Staatsvertragsteile seitens der Regierung für „obsolet“ (überholt) erklärt.

Nun steht im „Standard“ vom 14. November 1990 zu lesen, daß Dr. Mock und Dr. Jankowitsch erklärten, die „EG bedeute Beitritt zu einer Wertegemeinschaft“. In der Regierungserklärung soll ein Bekenntnis zur Politischen Union der EG vorkommen.

Bereits sind neun EG-Staaten in der WEU, der West-Europäischen Union, dem europäischen Teil der NATO, politisch und militärisch vereint. Der Chef der EG-Kommission, Jacques Delors, wollte Österreich wieder ans Ende der Verhandlungen, etwa 1995, reihen.

Eilig reagierten nun Dr. Mock und Dr. Jankowitsch mit der Erklärung, Österreich der Politischen Union anschließen zu wollen.

Es ist ein Kniefall, um in die EG zu kommen und würde bedeuten, daß wir bei militärischen Aktionen, wie z. B. bei der Golfkrise, mitmachen müßten. Unsere Neutralität wäre gefährdet.

Bruno Liszka, Wien 16

Anton-Schmid-Hof in Wien

In der Pappenheimgasse 31 in der Brigittenau wurde am 11. Dezember 1990 eine städtische Wohnhausanlage nach Anton Schmid benannt. Anton Schmid war Feldwebel in der deutschen Armee und wurde zu einer legendären Erscheinung im Wilnaer Ghetto. Als Leiter der Versprengtensammelstelle für deutsche Soldaten hatte er bei der Ausübung dieser Tätigkeit ein Anrecht auf jüdische Zwangsarbeiter. Immer wieder verhalf er ihm unterstellten Juden zur Flucht, versteckte sie und versorgte sie mit Nahrungsmitteln und Geld. Anton Schmid gehört zu den Österreichern, die von Jad Waschem, der offiziellen Institution zur Verewigung des Andenkens an die Märtyrer und Helden der Hitlerzeit, posthum ausgezeichnet wurden. Anton Schmid wurde am 13. April 1942 in Wilna hingerichtet.

Wien

Ferdinand Wasserberger †. Am 20. März 1990 verstarb der langjährige Funktionär und Obmann der Bezirksgruppe Josefstadt unseres Bundes, Gen. Ferdinand Wasserberger. Geboren am 29. Juli 1908, war die politische Heimat unseres Genossen der Alsergrund. Sein Weg führte ihn über die Kinderfreunde und Sozialistische Arbeiter-



jugend in die Partei, der er 1925 beiträt. Als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes erlebte Gen. Wasserberger die Krisen der jungen Republik und die Auseinandersetzungen mit den faschistischen Organisationen. 1933 wurde er wegen Aufwiegelung zu einigen Tagen Arrest verurteilt. Nach dem Februar 1934 wird Gen. Wasserberger Aktivist der Revolutionären Sozialisten. Im März 1938 nach einer Hausdurchsuchung wurde er im Polizeikommissariat Boltzmanngasse festgehalten. Darüber berichtet er, der zu dieser Zeit in der Volksoper beschäftigt war: „Die haben also alles durchsucht, ein lebender Zeuge ist meine älteste Tochter, die verißt die Nacht nie, die ist im Kinderbett gelegen und hat nur geweint. Sie sind also weg und haben zurückgelassen, ich soll in der Früh um 8 Uhr am Polizeikommissariat Boltzmanngasse erscheinen. Ich bin hingegangen, habe vorher unsere Runde verständigt ... Ich habe mich gemeldet, der hat auf die Liste geschaut – in den Kotter hinein. Es sind immer mehr und mehr gekommen, und auf einmal bin ich allein übriggeblieben, die anderen sind alle runter auf die „Liesl“ geführt worden. Was war weiter? Durch die Volksoper und den Bezirkshauptmann, dessen Tochter war Sängerin und mein Vater war mit ihnen sehr gut befreundet, er hat mich also rufen lassen und gesagt: „Lieber Freund, du kannst nach Hause gehen, aber das Malheur kann dir noch einmal passieren und dann wirst du wahrscheinlich nicht mehr nach Hause gehen können.“ Flucht in die Tschechoslowakei, Auf-



DVR:0029106(822) 0908677
FAM.

SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

nahme durch die Genossen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten in Brünn, Wiedersehen mit seiner Familie und neuerliches Exil in Frankreich sind die weiteren Stationen der Familie Wasserberger. Hier erfährt er Unterstützung durch das Matteottikomitee und reiht sich ein im Widerstandskampf gegen die Nazis. Nach der Befreiung Frankreichs von der braunen Barbarei ist Gen. Ferdinand Wasserberger in der Gruppe der österreichischen Sozialisten in Frankreich organisiert, ehe er wieder mit seiner Familie nach Wien zurückkehrt. Seine neue politische Heimat wurde die Josefstadt und vor allem die Sozialistischen Freiheitskämpfer. Er wurde mit dem Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs ausgezeichnet. Wir werden Gen. Ferdinand Wasserberger niemals vergessen.

Landesgruppe Wien

Diskussionsveranstaltung. Die Landesgruppe Wien der Freiheitskämpfer veranstaltete am 29. Oktober 1990 im ÖGB-Haus in der Maria-

Theresien-Straße eine Diskussionskonferenz über das Thema „Ist das Wahlergebnis 1990 ein Rechtsruck in Österreich?“. Die Veranstaltung wurde von Genossen Herbert Exenberger, Vorsitzender-Stellvertreter der Landesgruppe, eingeleitet. Gerade die Sozialistischen Freiheitskämpfer haben sich nie Illusionen über den wahren Charakter der FPÖ unter Jörg Haider gemacht, sagte Gen. Exenberger. In Wien mehrten sich in den letzten Jahren jene FPÖ-Funktionäre und Mandatäre, die über gute Kontakte zu rechtsextremen Gruppen der äußersten Rechten verfügen oder diesen sogar noch vor wenigen Jahren angehört haben, führte Exenberger unter Angabe von Beispielen aus. Jörg Haider selbst bediene sich, wie in einer wissenschaftlichen Studie festgestellt wurde, eines Nazi-Jargons. Anlässlich der Gedenkfeiern zur Kärntner Volksabstimmung vor 70 Jahren habe sich Haider diskriminierend und beleidigend über den Widerstand der Kärntner Slowenen gegen die nazistische Gewaltherrschaft geäußert, wie die „Salzburger Nachrichten“ geschrieben haben. Unsere Aufgabe als

Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes wünscht allen Widerstandskämpfer/innen und den Verfolgten des Nationalsozialismus ein glückliches Jahr 1991.

Präsident:	Landtagspräs. a. D. H. PFOCH
Vizepräsidenten:	Vizekanzler a. D. Dr. F. BOCK
	Abg. a. D. R. JOCHMANN
	Domvikar Prof. OStR Msgr. J. PINZENÖHLER
	Sekt.-Chef Dr. K. SKALNIK
	Univ.-Doz. Dr. H. STEINER
Kassiere:	Gen.-Dir. i. R. KR Dr. P. SCHÄRF
	GR a. D. Dr. L. SOSWINSKI
Wissenschaftliche Leitung:	Dr. W. NEUGEBAUER

Wir danken bei dieser Gelegenheit den lieben Freunden des DÖW, die im vergangenen Jahr durch großzügige Spenden und Legate sowie Überlassung von Materialien unsere Tätigkeit ermöglichten. Wir versichern, daß wir auch in Zukunft alle Zeugnisse des österreichischen Freiheitskampfes und der Verfolgung für künftige Generationen wohl bewahren werden. Die österreichische Jugend soll mit dem Vermächtnis aller Widerstandskämpfer und Opfer vertraut werden.

„NIEMALS VERGESSEN!“

DÖW, 1010 Wien, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8, Konto CA-BV 0021-44376

Sozialisten muß es einerseits sein, Unzufriedene, die aus welchen Gründen immer der FPÖ ihre Stimme gegeben haben, von dem Charakter dieser Partei zu überzeugen. Andererseits werden die Sozialistischen Freiheitskämpfer, wie sie es schon bisher getan haben, diesen Provokationen von rechts konsequente antifaschistische Aktivitäten entgegenzusetzen, betonte Gen. Exenberger, an dessen Ausführungen sich eine rege Diskussion anschloß.

Kontaktkomitee

Informationsveranstaltung. Am 13. November 1990 führte der Schulungsarbeitskreis des Kontaktkomitees eine neuerliche Informationsveranstaltung durch. Genossin Heidrun Weiss, die in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien tätig ist, referierte bei dieser Veranstaltung zum Thema „Geschichte des Judentums in Wien“. Wir haben unser Wissen erweitern können.

Burgenland

Kranzniederlegung. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände, der politisch Verfolgten und Opfer des Naziregimes legten am 31. Oktober 1990 vor dem Mahmal beim Landhaus in Eisenstadt gemeinsam Kränze nieder. Für den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sprach Gen. Fritz Robak. Er würdigte die Opfer des österreichischen Widerstandes, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, schon 1945 die Zustimmung der Alliierten für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich zu erhalten. Immer noch gibt es aber nur sehr wenige Denkmäler für die Toten des Widerstandes, während es in fast jeder Stadt und jeder Gemeinde ein Kriegerdenkmal mit den Namen jener gibt, die in der Zeit 1938-1945 für die „Heimat“ starben. Hier müsse man fragen, welche „Heimat“ damit gemeint ist, denn das Großdeutsche Reich war nicht die Heimat der Österreicher. Noch immer gibt es leider zu viele, für die die Widerstandskämpfer, die KZler und Partisanen Vaterlandsverräter sind und die von den Besatzungsmächten nach 1945 reden. Tatsächlich waren diese Besatzungsmächte unsere Befreier, betonte Robak. Sie haben uns Demokratie, Freiheit und ein freies Österreich erkämpft. Heute sind wir, dank ihrer Opfer und ihres Kampfes, frei und wir konnten uns einen Wohlstandsstaat aufbauen, um den uns viele Völker beneiden.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Februar 1991.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.